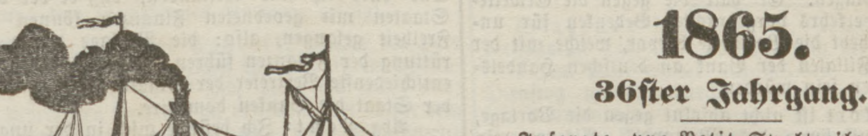
Danziger Dampfboot.

№ 79.

Montag, den 3. April.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint
täglich Nachmittags 5 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition
Portechaisengasse Nr. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten
pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.,
werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Sonntag 2. April.

Ein Telegramm der „Börsenhalle“ aus Lissabon von gestern Abend berichtet aus Rio Janeiro vom 10. März und aus Buenos Ayres vom 26. Februar: In Montevido ist der definitive Friede abgeschlossen. Das französische Postschiff „Bearn“ ist am 27. Februar bei Bahia verunglückt. Post und Passagiere sind gerettet, Schiff und Ladung jedoch verloren.

Dresden, Sonnabend 1. April.

Das heutige „Dresdner Journal“ bekämpft in einem ausführlichen Artikel über den Antrag Sachsens, Bayerns und Hessen-Darmstadts die Ansicht, daß die Annahme des Antrages den Bund in die Alternative versetze, seine eigene Ohnmacht darzuthun oder den Bürgerkrieg zu provociren. Die Annahme des Antrages gebe vielmehr, wie es in dem Artikel heißt, den Herzogthümern einen Anlehnungspunkt und enthalte keine Aufforderung für dieselben, sich gegen die deutschen Großmächte aufzulehnen, während die Ablehnung desselben den Herzogthümern Klarheit darüber verschaffe, was sie von Deutschland zu erwarten hätten.

Wien, Sonnabend 1. April.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sind die Etats der siebenbürgischen und kroatischen Hofkanzlei nach den Anträgen des Finanzausschusses unverändert angenommen worden. Nächste Sitzung Montag.

Kopenhagen, Freitag 31. März.

„Fädrelandet“ nennt als wahrscheinlichen Nachfolger Heltzens Brästrup oder Simony. Ein ziemlich verbürgtes Gerücht bezeichnet ersteren als solchen.

London, Freitag 31. März.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Palmerston auf eine Interpellation Newdegate's, die Erörterungen über die eventuelle Residenz des Papstes nach Ablauf der September-Convention seien verfrüht. Die Regierung achte den Papst persönlich und beweise dies gern; eine Uebersiedelung des Papstes nach England wäre jedoch ein politischer Anachronismus. Malta sei übrigens bereits vor zwei Jahren dem Papste als Aufenthalt angeboten worden.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

31. Sitzung am 31. März.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Die Tribünen sind dicht besetzt. Am Ministertische: der Handelsminister Graf Itzenplitz und mehrere Regierungs-Commissare. Später erscheint Minister v. Selchow. Der im Herrenhause angenommene Gesetzentwurf einer Wege-Ordnung für den preußischen Staat wird auf Vorschlag des Präsidenten einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen, welche in der Art zusammengesetzt werden soll, daß sämmtliche Provinzen darin vertreten sind. — Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, die Berathung über den Bericht der verstärkten Commission für Handel und Gewerbe über den Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung der Bank-Ordnung vom 5. October 1846. — Die Regierungs-Vorlage will im § 1 für die preußische Bank die Befugniß, in deutschen Handelsplätzen außerhalb Preußens Comptoire, Commanditen und Agenturen zu errichten, so wie Bankgeschäfte an einzelnen Plätzen durch einzelne Beauftragte betreiben zu lassen. — Die Commission will diese Befugniß auf Hamburg und die Elbherzogthümer beschränkt wissen. Dazu haben die Abgeordneten Michaelis, Dr. Faucher, v. Hennig und Genossen folgendes Amendement gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Für den Fall der Annahme des § 1 der Commissions-Vorschläge oder der Annahme des § 1 der Regierungs-Vorlage folgendes letztes Alinea dem angenommenen Paragraphen hinzuzufügen: Sobald die preußische Bank von dieser Befugniß Gebrauch macht, tritt nachstehende Bestimmung in Kraft: Die Differenz zwischen der Summe der im Umlaufe befindlichen Noten der preußischen Bank und der Summe ihres Metallbestandes an gemünztem Gelde und Silberbarren darf ferner nicht die Summe von sechszig Millionen Thalern preußisch Courant übersteigen.“ — Ein vom Abg. Wagener (Neustettin) eingebrachtes Amendement ist auf Wiederherstellung der Regierungs-Vorlage gerichtet. — Als Referent der Commission fungirt an Stelle des bereits seit längerer Zeit durch Krankheit verhinderten Abg. Frhrn. v. d. Heydt der Abg. Roepell.

Die General-Discussion wird eröffnet. — Zunächst nimmt das Wort der Handelsminister Graf Itzenplitz: Es handelt sich um keine Reorganisation der Bank, und die beabsichtigte Erweiterung ist von allen Sachverständigen gebilligt worden; daher muß ich die Annahme des Amendements des Herrn Abg. Michaelis und Gen. einer Verwerfung der Vorlage gleich achten. Die vorzügliche Verwaltung der Bank bürgt dafür, daß die naturgemäße Erweiterung des Instituts nur in wirklich geeigneten Nachbarländern vorgenommen werden könnte. Von den Amendements der Commission kann ich mich mit dem zu § 2 gestellten einverstanden erklären, aber unmöglich mit dem zu § 1, das jene Erweiterng nur auf Hamburg und die Elbherzogthümer beschränken will.

Abg. v. Hoverbeck: Man hat sich einerseits für Localisirung ausgesprochen, andererseits bemängeln die Herren Volkswirthe die Einrichtung des Bankinstituts und dessen Privilegium überhaupt. Falls es auch nützlich wäre, das Bankinstitut zu ändern, so machen dies bestehende Verträge vor dem Jahre 1871 unmöglich. Vom practischen Standpunkte haben sich die Presse und die Handelskammern sämmtlich für die Regierungs-Vorlage ausgesprochen. Die nöthigen Mittel sind im Uebermaß vorhanden und der Betrag des Bank-Capitals kann noch um 20 Millionen vermehrt werden. In Hamburg und den Elbherzogthümern aber werden lange nicht so gute Geschäfte gemacht werden können, als in Leipzig und Bremen. Ich bin also gegen die Localisirung. Die politische Seite betreffend, so können wir vor 1871 es doch nicht hindern, daß die Regierung Geld aus der Bank entnimmt; doch ist die Gefahr lange nicht so bedeutend, wie man sie darstellt, da in solchen Fällen die Banktheilnehmer ebenfalls müssen gefragt werden. Ich bitte also, die Regierungs-Vorlage anzunehmen (Bravo!).

Abg. Ziegert erklärt sich für die Vorlage. Es handle sich also nur darum, ob ein Schritt in's Ausland uns selbst gefährde; das sei durchaus nicht der Fall und als politische Operation sei eine solche Erweiterung ein wahrhaft deutscher Schritt. Es sei gewiß sehr zu empfehlen, wenn Preußen und diejenigen, welche zu Preußen stehen, wenn die Unternehmer des Canalbaues bei derselben Bank ihre Wechsel discontiren.

Abg. Dr. Gneist: Die Maßregel scheint populär, sie scheint eine neue Lebensader des Zollvereins und nebenbei ein gutes Geschäft werden zu wollen. Doch die Vereinigung aller dieser Vorzüge vermehren nur die Gefahr, und das Zusammengehen von Staat und Bankgeschaften läßt die Politik financiell werden. Die Gefahr des Bankbruchs wird durch die beabsichtigte Ausdehnung vergrößert; der Geschäftsherr hat sie zu tragen, also müssen die Vortheile es ihm einbringen. Nun sollen den Neuhinzukommenden alle Vortheile gewährt werden und Preußen allein soll alle Unkosten tragen, nicht nur für das Monopol und das Privilegium, sondern auch das ganze Risico (hört! hört!). Man kann aber solche in Finanzsachen gebrachte Opfer nicht mit anderen von Preußen für die Vertheidigung des Gesammtvaterlandes und dem Zollvereine gebrachten Opfern vergleichen. Deswegen wurde von anderer Seite beantragt: 1) das Bankmonopol überhaupt zu beseitigen, was, wie heute schon ausgeführt worden, gegenwärtig unmöglich ist; dann verlangte man Contingentirung, ebenfalls nur nominelle und endlich Localisirung der Bankerweiterung auf Hamburg und die Elbherzogthümer. Mir scheint der Kern der Frage darin zu liegen, ob wir zu dem Geist und Charakter der preußischen Beamtenwelt Vertrauen haben können. Ich verneine dies, nach den Erfahrungen, die wir im Justizwesen u. s. w. gemacht haben, obwohl ich mich mit Vergnügen dem der jetzigen Verwaltung gemachten Complimente größter Solidität anschließe. Doch wie dies durch die bisherige Lage der Finanzen bedingt war, so wird bei einer Finanzverlegenheit der beste Wille, die bisherigen Grundsätze beizubehalten, nichts vermögen, wie wir es an der beeidigten Verfassung erlebt haben. Nicht also Gesinnungen, die Lage der Finanzen ist hier das Entscheidende. Ferner ist es der Würde des preußischen Staates nicht angemessen, eine kleine Commandite in Hamburg neben den alten und befestigten Instituten einzurichten und die Concurrenzinfluenzen werden sich in der Verwaltung sicherlich sehr fühlbar machen, und das Ineinander von Bank und Staat, das jede Berechnung von dem nicht vorher zu sehende Staatsschicksale abhängig macht, wird nothwendig noch ausgedehnter werden und wenn nun das Haus der Abgeordneten in der Finanzverwaltung nichts auszurichten vermag, wie viel weniger wird die kleine Zahl der bei der Bank betheiligten Privatpersonen etwas vermögen. Doch abgesehen von all diesen Verhältnissen, muß eine nüchterne, eine geschäftliche Erwägung der Vortheile und Nachtheile meiner Ansicht nach zu einer Ablehnung der Vorlage führen. (Bravo!)

Abg. v. Unruh stimmt in allen Punkten dem Vorredner bei. Auch er glaubt, daß das Privilegium den Interessen des preußischen Staates entgegen sei. Ebenso wie die Vermengung der Bank- und Staats-Verwaltung. Dies abgerechnet stehe die Sache allerdings anders, aber es sei unmöglich, sich diese Verhältnisse hinweg zu denken. Da die Verwaltungsbeamten Staatsbeamten seien, so garantire die gegenwärtige tüchtige Verwaltung gar nichts, und der erwähnte Bankausschuß sei nur von sehr untergeordneter Competenz. Ueberdies sei die aus einer Erweiterung des Geschäftsverkehrs der Bank drohende Gefahr um so größer, als die Operationen mit der Seehandlung sich jeder Controle des Hauses entzögen. Durch das Gesetz würde kein bedeutender Zweck erreicht. Das Ministerium Bismark habe nicht den Beruf, eine deutsche Centralbank zu errichten, denn es habe beim deutschen Volke kein Vertrauen. Wir könnten in demselben Augenblicke, wo die Erklärung des Finanzministers die Verfassung über Bord würfe, das Gesetz ohne Einschränkung nicht bewilligen, welches nur von einer Regierung verwirklicht werden könne, die sich in voller Uebereinstimmung mit ihrem Volke befinde. Selbst Herr v. d. Heydt habe erklärt, daß er als Finanzminister das Gesetz nimmermehr unterschrieben haben würde und Herr v. d. Heydt gelte bekanntlich für eine sehr bedeutende Autorität in Finanzsachen. Da der Herr Minister erklärt habe, daß die Annahme des § 1 der Commissions-Vorschläge einer Ablehnung des Gesetzes gleichkommen würde, so wolle er lieber das ganze Gesetz verwerfen, als die Bank durch Vermehrung der Notenemission der Gefahr des Sturzes entgegenführen.

(Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, er habe, obgleich für den Commissions-Antrag eingetragen, doch nicht für denselben gesprochen, sondern nur allgemeine Bemerkungen gemacht, wobei aber eine regelrechte Aufstellung der Rednerliste unmöglich sei.)

Regier.-Commissarius Bank-Präsident Dechend: Bereits in der Commission habe ich die Erklärung abgegeben, daß die Bankantheilseigner lieber aufs ganze Gesetz verzichten, als daß die Ausdehnung der Bank nur auf Hamburg und die Elbherzogthümer beschränkt werden soll. Die Bankantheilseigner haben sich auf ausdrückliche Anfragen entschieden gegen diese Beschränkung und ebenso gegen die Beschränkung der Notenemission ausgesprochen. In der Regierungs-Vorlage erkannten sie dagegen eine wichtige Maßregel. Die preußische Bank befindet sich, wie ich bereits in der Commission ausgeführt, in der allergünstigsten Lage. Sie hat nicht wie die englische und französische Bank, Geld vom Staate, da sie es nicht braucht. Wir können auch deshalb nicht in Verlegenheit gerathen. Die 14—15 Millionen Papiere, die wir besitzen, können mit Leichtigkeit realisirt werden. Wenn wir in's Ausland gehen und Geld gebrauchen, dann bekommen wir es sehr leicht, in Preußen, ja in Berlin. Es handelt sich hier durchaus nicht um eine unbegrenzte Notenemission. Die Solidität der Bank hängt nicht damit zusammen, daß die Bank ein Königliches Institut ist. Die Bank befindet sich gegenwärtig in einer so günstigen Situation, daß sie auf ihre Privilegien verzichten könnte. Wir haben seit 1807 fast gar keine Verluste gehabt. Der ungedeckte Theil der Noten ist sehr gering bei uns. Die Einwendungen gegen Hamburg, das man als einen schwierigen Platz für uns bezeichnet, hat man nicht zu begründen vermocht. Die Vorzüglichkeit unserer Bankverwaltung, die gerade in unserer Unabhängigkeit vom Staate besteht, hat sogar Rothschild anerkannt. (Aufsehen.) Es herrscht bei allen Geschäften die unbedingteste Solidität. (Beifall.)

Abg. v. Hennig: Weder Preußen noch ein anderer Staat darf eine Centralbank für Deutschland in's Leben rufen. Dies kann nur eine Actien-Gesellschaft mit Erfolg thun. Aus diesem Grunde könnte ich also nicht der Vorlage zustimmen. Eine Ausdehnung der Notenemission würde die Solidität der Bank in bedenklicher Weise gefährden. Derjenige, welcher sehr leicht Credit zu bekommen in der Lage ist, geräth auch leicht in Versuchung, diesen Credit zu mißbrauchen. Die Staatsregierung nimmt hier dieselbe Haltung ein, wie in der Reorganisationsfrage, wo sie ebenfalls die ganze Reorganisation genehmigt habe und nicht nachgeben will.

Abg. Reichenheim empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage und bekämpft sowohl das Michaelis'sche Amendement als die Beschränkung, welche die Commission vorgeschlagen. Er hält die gegen die Erweiterung des Bankverkehrs vorgebrachten Bedenken für unbegründet und hebt die Vortheile hervor, welche mit der Anlegung von Filialen der Bank an deutschen Handelsplätzen verbunden sein würden.

Abg. Harkort ist nicht absolut gegen die Vorlage, dagegen für Aufhebung des Monopols. Als correctiv durch die Vorlage beantragte Ausdehnung der Bankgeschäfte würde er den von ihm eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Normativbedingungen für die Privatbanken zur Annahme empfehlen.

Abg. Dr. Waldeck (für die Regierungs-Vorlage): Von politischen, finanziellen und volkswirthschaftlichen Gründen gegen die beabsichtigte Maßregel, welche zu widerlegen wären, habe ich nichts vernommen. Die Herren Gegner der Vorlage kennen selbst die Vorzüglichkeit der Bankverwaltung an und geben auch zu, daß es sich hier um keine mit dem Ministerium in Beziehung stehende Frage handelt. — Man hat — namentlich that dies der Abg. Gneist — auf den möglichen Mißbrauch, zu denen diese Maßregel verleiten könnte, hingewiesen, als ob ein solcher Mißbrauch nicht schon jetzt möglich wäre, wenn er überhaupt möglich ist, da ja die Bank gar nicht gehindert ist, selbst nach Petersburg und Moskau hin Geschäfte zu treiben. Es handelt sich bei der vorliegenden Frage gar nicht um ein besonderes Interesse des Handelsstandes, sondern um ein allgemeines Interesse für das Publikum. Es handelt sich darum, daß ein Institut, welches Sie weder fortschaffen wollen noch können, dieselbe Freiheit erhalten soll, deren sich jeder Kaufmann erfreut — Redner geht näher auf die Entwickelung der preußischen Bank und auf ihre Regeneration durch die treffliche Verwaltung des Bank-Präsidenten Friese ein. Bei der beabsichtigten Ausdehnung des Geschäftsbetriebes muß man die Grundsätze zunächst prüfen, nach denen das Institut verwaltet wird. Und da ergiebt sich denn, daß diese Grundsätze allgemein gebilligt werden, und daß die Personen, welche die Verwaltung leiten, volles Vertrauen genießen. Woher sollte denn nun die Gefahr einer übermäßigen Notenemission drohen? Die Bank kann nicht als ein Staatsinstitut angesehen werden, da die Bankantheilseigner, also vollkommen unabhängige Privatpersonen in allen wesentlichen Fragen ein entscheidendes Votum haben. Man kann also nicht sagen, daß die Bank ein Werkzeug des Staates ist. In der gegenwärtigen Lage des Zollvereins würde aber die Etablirung von Filialen in Leipzig, Braunschweig und anderen Orten eine sehr fruchtbare Maßregel sein. — Nur ein einziger Grund könnte mich bestimmen, gegen die Regierungs-Vorlage zu votiren, derselbe politische, den ich bereits vorgestern gegen die beanspruchte Zinsgarantie geltend gemacht habe. Ich würde bei der abnormen Lage, in der wir uns diesem Ministerium gegenüber befinden, nichts bewilligen, was irgendwie einer neuen Steuer oder Anleihe, trete dieselbe auch in Form einer Zinsgarantie auf, ähnlich sähe. Von alledem aber erblicke ich in der projectirten Maßregel nichts. Man spricht von dem Beamtenheer, daß eine solche Maßregel erfordere. Aber zu den Filialen würde man aus der sogenannten Klasse der Gutgesinnten gerade nicht die Beamten nehmen können, sondern nur liberale Beamten anstellen müssen. Wir hätten also gerade hier Versorguugsposten für das liberale Beamtenthum. (Heiterkeit.) — Meine politischen Grundsätze sind nicht sowohl gegen das gegenwärtige Ministerium gerichtet als vielmehr gegen das ganze System der Verfassungsverletzung, in denen es sich bewegt. Ich kämpfe aber nicht gegen die guten Institutionen, an die Zukunft des preußischen Staates. Wenn ich an diese Zukunft, die über dieses Ministerium, über das ganze Regierungssystem hinaus sicher treffen wird, nicht glaubte, so würde ich nicht an dieser Stelle stehen. Weil ich aber an diese Zukunft glaube, so bitte ich Sie, einer Maßregel, welche, ohne ein höheres politisches Interesse zu gefährden, zur Erweiterung des Verkehrs, zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes so wesentlich beizutragen geeignet ist, Ihre Zustimmung nicht zu versagen. (Beifall.) — Ein Schlußantrag wird hiernach abgelehnt und die Vertagung der Debatte beschlossen.

Der im Herrenhause angenommene Gesetzentwurf, betreffend ein allgemeines Berggesetz für den preußischen Staat, wird einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen. — Schluß der Sitzung 3 Uhr.

---

32. Sitzung am 1. April.

Die heutige Sitzung welcher der Handelsminister Graf Itzenplitz und Regierungs-Commissar, Bank-Präsident Dechend beiwohnten, eröffnete der Präsident Grabow mit geschäftlichen Mittheilungen. Heut Vormittags 9 Uhr waren die 7 Abtheilungen zusammengetreten, um je 8 Mitglieder — aus jeder Provinz eins — für die Wegeordnung zu wählen. Von diesen 56 Mitgliedern haben die jedesmaligen 7 Mitgliedern einer Provinz aus ihrer Mitte drei Mitglieder gewählt, und diese Kommission von 24 Mitgliedern hat sich demnächst constituirt und zu ihrem Vorsitzenden Abg. Grafen Schwerin, zum Stellvertreter Abg. Dr. Lette, zum Schriftführer Abg. v. Cantak und zum Stellvertreter Abg. Nitschke gewählt. — Ferner ist die Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung des Berggesetzes gewählt worden und hat sich constituirt. Vorsitzender ist Abg. Harkort I., Stellv. Abg. v. Carnall, Schriftführer Abg. Dr. Hammacher und Stellvertreter des Schriftführers Abg. Lent. — Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Fortsetzung der General-Diskussion über das Bankgesetz. Der erste Redner ist der Abg. Wagner (Neustettin). Er spricht gegen den Commissionsantrag und für die Regierungsvorlage. Ich befinde mich heut in der günstigen Lage, mich den Ausführungen des Abg. Dr. Waldeck überall anschließen zu können. Die Rede des Hrn. v. Unruh, das will ich nur constatiren, ist mir vollkommen unverständlich geblieben und ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Das habe ich nur verstanden, daß er der Ansicht ist, Staaten mit geordneten Finanzen können nicht zur Freiheit gelangen, also: die Vorlage werde zur Zerrüttung der Finanzen führen. — Ich bin prinzipiell der entschiedenste Vertreter der Staatsbanken, und will, daß der Staat die Banken dominire.

Abg. Lent: Ich befinde mich in der ungewohnten aber keineswegs glücklichen Lage mit dem Vorredner übereinzustimmen, und obgleich mir stets unheimlich wird, wenn ich mit dieser Partei übereinstimmen muß, so zwingen mich dennoch allerdings andere Gründe als diejenigen des Vorredners für die Regierungs-Vorlage, denn ich nehme das Gute wo ich es finde, und da ich die Regierungs-Vorlage für gut erachte, so werde ich für dieselbe stimmen.

Abg. Dr. Faucher für den Antrag, welchen der Abg. Michaelis gestellt. Ich werde mich nicht durch den Ausspruch des Handelsstandes leiten lassen, dieser scheint mir in dieser Frage der letzte zu sein, der hier zu fragen ist, denn der Handelsstand wird sich immer für das entscheiden, was ihm Vortheil und Credit gewährt. Wir haben hier nach der Sicherheit der finanziellen Erweiterung zu sehen.

Abg. v. Blankenburg: Es scheint fast, als wären wir schon in das parlamentarische Paradies eingetreten, denn Wagner, Waldeck, Reichenheim und noch andere stimmen überein. Nun, wenn wir uns auch noch nicht in dem glücklichen Zustande befinden, so rathe ich Ihnen dennoch aus reellen Gründen, der Regierungs-Vorlage zuzustimmen, denn Sie werden dadurch beim Handelsstand eine große Zustimmung hervorrufen.

Abg. Schulze (Berlin) spricht gegen den Commissionsantrag. Der Abg. Faucher hat das Verhältniß der Bankantheilseigner zu uns ganz richtig bezeichnet, und der Einwand des Präsident Dechend, daß diese nicht zustimmen wollen, kann an unserer Ansicht nichts ändern. Sind in Hamburg und den übrigen deutschen Staaten Banken nothwendig, so mag sich doch eine Aktiengesellschaft für diesen Zweck organisiren, die Kapital und Befähigung dazu hat. Es ist zweckmäßiger, daß das deutsche Volk auf diesem Wege der Selbsthülfe seine Interessen wahre, als daß man ein schon bestehendes Monopol noch ausdehnt. Die Centralisirung des Geldmarktes in den Händen des Staats, führt wahrhaftig nicht zur gesunden Entwicklung des Handelsstandes. Die Herrschaft des Staates über die gewerblichen Verhältnisse ist schon ohnedies so bedeutend, daß wir sie ohne Noth nicht noch mehr ausdehnen wollen. (Der Landwirthschafts-Minister von Selchow, so wie einige Regierungskommissäre sind in das Haus getreten.) Am wenigsten aber kann ich dem jetzigen Ministerium eine noch ausgedehntere Einwirkung auf unsere Verkehrsverhältnisse zugestehen, als ihm bisher gestattet war.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Die Preußische Bank ist keine Staatsbank, sondern eine Abnormität, und das ist sehr günstig. Ich stehe nicht hier als Vertreter des Staates sondern des Instituts. Sie sprechen hier von der Gefahr, in die die Bank durch die Erweiterung der Notenemission und die Politik gerathen kann. Bedenken Sie doch, die Bankverwaltung hat doch im Interesse des Instituts zu handeln und wie würde sich ein vernünftiger Mensch dazu hergeben. Die Bankaktien sind zu jeder Zeit verkäuflich und Sie werden doch nicht annehmen, daß die ganzen Aktionäre aus Schwindlern bestehen. Gegen das Amendement Michaelis muß ich mich entschieden erklären. Die 60 Millionen sind rein willkührlich herausgegriffen.

Ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion ist gestellt und wird angenommen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten v. Unruh und Laßwitz erhält der Referent Abg. Roepell das Wort. Er resümirt die Debatte und wiederlegt einzelne Redner. Die Vorlage betrifft ein Institut das in diesem Jahre am 17. Juni sein hundertjähriges Bestehen feiert. Die Schicksale des Instituts sind in einer dem Hause bekannten Broschüre aufgeführt; daraus geht auch hervor, daß dasselbe im Jahre 1805 schon eigentlich banquerutt gewesen und nur den Bemühungen des Ministers von Rother und des Bankpräsidenten Friese ist es zu danken, daß die Umstände sich gebessert. Der Minister sagt hier sehr richtig, daß die Bank „Preußische Bank" heißt und nicht „Preußische Staatsbank", aber die Organisation ist derartig, daß der Staat als solcher dennoch die Leitung hat und er mit bedeutenden Mitteln dabei betheiligt ist. Die Bankordnung hat schon einige Aenderungen erfahren, und die vorliegende Novelle hat einen gleichen Zweck. Die Privat- und Zettelbanken sind für Preußen ein nothwendiges Bedürfniß geworden. Die Regierung hat selbst in dem Gesetzentwurf zugegeben, daß die Bank bisher an dem Prinzip der Abgeschlossenheit festgehalten hat und es fragt sich nun, welche Gründe vorgewaltet haben, um diese Abgeschlossenheit fallen zu lassen. Das Bankgewerbe muß eine bestimmte Grenze haben. Das Zettelbankengewerbe kann nur auf die Städte begrenzt werden, dem anderen Bankgewerbe kann allerdings eine größere Ausdehnung zugestanden werden, aber sie darf nicht über die Grenzen des Staates hinausgehen. Der Minister nennt als Motiv zu der Ausdehnung den natürlichen Fortschritt, Verstärkung des Bankcapitals, Gewinnstvermehrung und die Wünsche des Handelsstandes. Der Commissionsbericht hat diese Ansichten schon widerlegt, und ich gebe es dem Hause anheim, zu beschließen, ob es die Grenzen der Bankverwaltung erweitern wolle. — Damit ist die General-Diskussion geschlossen und das Haus tritt in die Spezial-Diskussion.

Abg. Parrisius (Brandenburg): Ich bin für die Regierungs-Vorlage und entschieden gegen jedes Amendement. Als die Vorlage eingebracht wurde, glaubte Niemand an eine Ablehnung, erst durch einige kleine Plänkeleien wurde die Vorlage an eine Kommission gewiesen, und erst in dieser sind die verschiedenen politischen Gesichtspunkte aufgetaucht. Die Sache liegt einfach so; es hat sich das Bankinstitut das allgemeine Vertrauen erworben und mir ist die Erfahrung lieber als die Theorien, die auf Voraussetzungen der Zukunft berechnet sind. In der Handelswelt kommt es nicht auf Theorien, sondern auf Thatsachen an.

Abg. Michaelis: Es ist eine eigenthümliche Erscheinung in der gegenwärtigen Debatte, daß von den Freunden der Regierungsvorlage den Gegnern vorgeworfen wird, es sei wunderbar, daß gegen ein so einfaches Ding solche Bedenken hervorgerufen würden. Der Abg. Parrisius hat die Einwendungen gegen die Vorlage, als kleine Plänkeleien bezeichnet. Ich erwiedere darauf, daß er als Bankpraktiker noch ein Neuling ist; er hätte die Geschichte der Bank studiren sollen und würde eingesehen haben, daß die Notenemission ihre Gefahren hat, und daß es seine Sache ist, wenn er diese Gefahren nicht sieht. Der Abg. Waldeck hat gesagt, er kämpfe mit Schatten, aber ich finde, daß er die Augen gegen die Gefahren zumacht und wenn man das thut, so sieht man allerdings Schatten. Herr Bankpräsident Dechend hat im Namen der Aktionäre der Bank gesprochen, der Herr Minister als Vertreter der preußischen Bank; wo ist denn aber der Herr Finanzminister geblieben, der die Garantieen für die Bankanweisungen zu überwachen hat? Der Finanz-Minister hat die Uebernahme der Garantien nicht vertheidigt. Die Debatte hat zu erstaunlichen Aeußerungen geführt. Abg. Waldeck hat den Amendementsstellern vorgeworfen, daß sie die Bank bevormunden wollten. Indem wir die Ausgabe der ungedeckten Noten beschränken wollen, thuen wir nichts weiter, als das wir der vom Staate zu übernehmenden Garantie eine bestimmte Grenze setzen wollen. Ist derjenige, für den dies geschehen soll, der Ansicht, daß dies eine Bevorzugung sei, so kann er sich derselben entziehen dadurch, daß er auf die Bürgschaft verzichtet.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, ich hätte nur als Vertreter der Bank gesprochen, so glaube ich, das nicht gethan zn haben, und hätte ich es gethan, so habe ich mich nur ungeschickt ausgedrückt. Ich habe sagen wollen, daß ich Staats- und Handelsminister bin und daß ich das Gesetz als solcher eingebracht habe und als solcher verfechte, weil ich glaube, daß es dem ganzen Handel des Landes vortheilhaft ist. Ich habe dabei aber die bestehenden Verträge und Rechte zu achten und daraus werden Sie mir keinen Vorwurf machen, da ich nur meine Schuldigkeit thue.

Die Debatte wird geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Michaelis, v. Hennig und Faucher mit einer nicht unerheblichen Majorität angenommen.

Das mit Rücksicht auf die gestrige Sitzung überraschende Resultat ist also die Verwerfung der Vorlage in jeder Gestalt.

Es folgt der Bericht über den Gesetz-Entwurf, betreffend das Güterrecht der Ehegatten im Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein. Der Berichterstatter, Abg. v. Beughem, empfiehlt mit kurzen Worten die Annahme der Kommissions-Vorschläge. Der Justizminister Graf zur Lippe erklärt sich damit einverstanden. Der Gesetz-Entwurf wird ohne Debatte angenommen.

Demnächst folgt der mündliche Bericht des Abg. v. Unruh als Referent der Handels-Kommission über die Uebersicht, betreffend den Fortgang des Baues, beziehungsweise die Ergebnisse des Betriebes der preußischen Staatsbahnen im Jahre 1863.

Abg. v. Unruh begründet und vertheidigt bei großer Unruhe des Hauses seinen Antrag: „Das Haus wolle beschließen, der K. Staatsregierung die vollständige Durchführung doppelter Bahngeleise auf allen, große Verkehrslinien bildenden Staatseisenbahnen, sowie die Verlegung der Verbindungsbahn in Berlin nach dem jetzigen Umfange der Stadt hin zu empfehlen.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich habe immer nach dem Principe verfahren, daß es nicht darauf ankommt, ob der Staat oder eine Privat-Gesellschaft eine Bahn baut, wenn sie nur überhaupt gebaut wird. Doch kommen hierbei Umstände in Betracht, die es durchaus nothwendig machen, daß wenigstens eine gewisse Anzahl von Staatsbahnen vorhanden seien. (Redner führt aus dem vergangenen Jahr einige Beispiele an, wo bei Mißrathen einiger Getreidearten, deren Zufuhr auf Staatsbahnen ohne Zeitverlust bewerkstelligt werden konnte.) Mit dem Umbau der Berliner Verbindungsbahn bin ich nicht blos einverstanden, sondern es sind bereits die Pläne gemacht; ich habe mich ferner mit dem Finanzminister in Verbindung gesetzt und korrespondire deshalb mit dem Magistrat. Die Sache ist also bereits dem Abschlusse nahe und ich werde mir vielleicht schon in dieser Session erlauben können, für die dazu erforderlichen Kosten ein Anleihegesetz von drei Millionen Thalern dem Hause vorzulegen. (Große Heiterkeit.)

Nach einer Bemerkung des Regierungs-Kommissars, der versichert, daß die Regierung den Nutzen und die Wichtigkeit der doppelten Eisenbahn-Geleise vollständig anerkenne und den Rath der Kommission berücksichtigen werde, begründet der Abg. Ziegert sein Amendement,

welches dahin geht, „die von dem Handelsministerium vorgelegte Uebersicht über den Fortgang des Baues ꝛc. der Staatseisenbahnen im Jahre 1863 unter Anerkennung der gewonnenen Resultate für erledigt zu erachten."

Das Haus tritt diesem Antrage bei und erklärt den Betriebsbericht der Regierung für erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Abgabe von allen nicht im Besitze des Staates oder inländischer Gesellschaften befindlichen Eisenbahnen. Abg. Gneist erklärt sich für Ablehnung der Vorlage. Abg. Stavenhagen: Die Ablehnung der Vorlage käme auf Prinzipienreiterei hinaus.

Bei der Abstimmung wird §. 1 und damit das ganze Gesetz abgelehnt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist das Gesetz betreffend die Regulirung der Schlesischen Zehntverfassung.

Abg. Münzer erklärt sich im Prinzip mit der Vorlage einverstanden, vermißt indessen bei derselben, wie in dem Bericht des Herrenhauses, genügende faktische Begründung für die vorgeschlagenen Bestimmungen. Die Zehntverfassung sei ein Odium, welches aus der Welt geschafft werden müsse, die Vorlage sei aber nicht das Mittel, was zu diesem Zwecke führt. Abg. Gringmuth erklärt sich gleichfalls gegen die Vorlage. Abg. Wachler hat die Vertagung der Debatte resp. den Namensaufruf zur Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses beantragt. Die Vertagung wird abgelehnt und der Namensaufruf vorgenommen. Es ergiebt sich die Anwesenheit von nur 134 Mitgliedern. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig und muß daher nach 4 Uhr die Vertagung der Debatte eintreten. Die nächste Sitzung soll am Dienstag um 10 Uhr stattfinden.

Im Personalbestand des Abgeordnetenhauses haben während des März folgende Veränderungen stattgefunden: ausgeschieden sind die Abgeordneten Müller (Demmin) wegen Niederlegung des Mandats und v. Tettau wegen Ungültigkeits-Erklärung seiner Wahl; neu eingetreten sind die Abgeordneten Gerichtsassessor Dr. Lasker für den IV. Berliner Wahlbezirk an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Temme, und Gutsbesitzer Ebbardt-Kommorowen für den Wahlbezirk Oletzko-Lyck-Johannisburg an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Velthusen. Am 1. April waren mithin folgende 5 Mandate erledigt: Guben-Sorau, Neustadt-Falkenberg (zwei), Anclam-Demmin-Ueckermünde-Usedom-Wollin und Preußisch-Eylau-Heiligenbeil.

Berlin, 1. April.

— Der „K. Z." wird aus Berlin geschrieben: „In einigen Zeitungen werden an das Gerücht, daß Freiherr v. Manteuffel das Kommando des 8. Armeekorps übernehmen werde, Bemerkungen über die Stellung des Chefs des Militärkabinets zu dem Kriegsministerium geknüpft, welche auf ein nicht freiwilliges Zurücktreten des Freiherrn v. Manteuffel aus seinen bisherigen Funktionen schließen lassen. Wir glauben, daß diese Darstellung unrichtig ist. Wenn Freiherr v. Manteuffel in ein aktives Kommando tritt, so geschieht dies in Folge eigener Wünsche, obwohl es keineswegs schon feststeht, daß er gerade an die Spitze des rheinischen Armeekorps treten würde."

— Der Regierungsrath v. Bonin von Gumbinnen ist nach Stettin versetzt.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 3. April.

+ Am Sonnabend hielt Hr. Cons.-R. Reinicke zum Besten der Kleinkinderbewahr-Anstalten im Gewerbehause eine Vorlesung über das Thema: „Der Einfluß des Familienlebens auf den Lebensgang des Menschen." Redner führte aus, daß wohl kein Volk der Erde das Familienleben mehr kultivire als das deutsche, wie denn überhaupt die Germanischen sich vor den Romanischen Stämmen hierin auszeichneten. Unser hochseliger König Friedrich Wilhelm III. habe damals als der Welteroberer Napoleon I. die Abtretung preußischer Landestheile gefordert, schmerzvoll ausgerufen, daß diese die Wiege seiner Ahnen seien, aber von Napoleon die den fränkischen Sinn für Familienbande bezeichnende Antwort erhalten: Wenn man Mann ist, stößt man die Wiege mit dem Fuße von sich. Die Familienstätte ist aber der erste Schauplatz des Kindes und macht den mächtigsten Eindruck auf dasselbe, hat auch, wie Goethe und andere große Dichter rühmen, stets den Grund zur gesunden geistigen Entwickelung gelegt. Redner geht dann näher auf letztere ein, bezeichnet die Schädellehre als einen großen Fortschritt bei Beurtheilung derselben und äußert sich beispielsweise über Hellseher und Blödsinnige. Die Frage was aus dem Menschen werden kann, wenn seine geistigen Kräfte unausgebildet bleiben oder verkommen, wird genügend durch die Lebensgeschichten Caspar Hauser's und Robinson beantwortet. Traurig sei es, wenn Eltern sich der Pflicht der Erziehung ihrer Kinder dadurch entledigten, daß sie dieselben aussetzten und die Sorge Findelhäusern überließen. Gottlob wäre dies in Deutschland nicht der Fall und hält Redner die Einrichtung solcher, Seitens des Staates, für das größte Uebel. Sie retteten zwar vielen Kindern das nackte Leben, leisteten aber dem gewissenlosen Treiben unnatürlicher Eltern den größten Vorschub und wären statistischen Ermittelungen zufolge nur Anstalten, aus welchen später Bettler und Diebe hervorgingen. Selbst die Wartung in Findelhäusern sei so schlecht, daß beispielsweise innerhalb 20 Jahren von 19,420 Pfleglingen des Dubliner Findelhauses nur 4000 am Leben geblieben wären. Zum Schlusse verbreitete sich Redner noch über die Schicksale der Menschen nach der Fügung Gottes, tadelte es, Kinder wegen vermeintlicher Anlage zu Genies zu bevorzugen, indem dieselben dadurch sittlich verfielen, ging dann auf die sittlichen Verschuldungen der Eltern über, und wie alle Schuld sich auf Erden rächt. Ganze Geschlechter gingen zu Grunde durch Erbsünden und entladete sich die Schuld oft auf diejenigen, welche derselben fern gestanden hätten, so hat z. B. Ludwig XVI., obgleich er an Sittenreinheit seine Vorfahren weit überragte, doch die Schuld derselben auf dem Schaffot büßen müssen, auch der jetzt regierende Papst Pius IX. werde, ungeachtet er einer der besten Päpste sei, von Schicksalen stets verfolgt, ebenso geschichtlich seien die Geschlechter der Bourbonen, deren Geschlecht früher auf allen Thronen geglänzt, jetzt aller Herrlichkeit entkleidet sei. So ertheile die unerforschliche Vorsehung Reichthümer und Geistesgaben und entziehe sie wieder in steter Abwechselung den Geschlechtern der Menschen und habe der Apostel Paulus schon darauf hingewiesen wie unbegreiflich Gottes Wege seien. Die zahlreiche Versammlung war mit großer Anspannung dem interessanten Vortrage gefolgt.

** [Concert.] Das Concert, welches der Herr **Miska Hauser** am vorigen Sonnabend im Apollo-Saale des „Hotel du Nord" gab, hatte sich leider nicht eines so zahlreichen Besuches zu erfreuen, wie es der dem Künstler vorausgegangene Ruf und seine so glänzend bewährte Virtuosität in der Handhabung der Violine hätte erwarten lassen. Bedenkt man aber, wie sehr das Publikum in den letzten Wochen mit musikalischen Genüssen aller Art bedacht wurde, so läßt sich doch schließlich eine Uebersättigung wohl erklären und diesem Umstande allein kann der wenig zahlreiche Besuch zugeschrieben werden. Die anwesende Zuhörerschaft war übrigens von der riesigen Technik des Virtuosen enthusiasmirt und spendete den einzelnen Nummern jubelnden Beifall. Seine Meisterschaft in der technischen Behandlung der Geige documentirte der Künstler in der „ungarischen Rapsodie" und vorzüglich in der letzten Piece „Der Vogel auf dem Baume", während er in dem „Andante pastorale und Rondo gracioso", so wie in der „Sonate" von Tantini und dem „Larghetto" aus einem Mozart'schen Quintett sein feines musikalisches Verständniß zur Geltung brachte. Unter seinen Händen singt und zwitschert, jubelt und klagt die Geige, wie es eben der Musiknummer angemessen ist. Die Begleitung auf einem ausgezeichneten Concertflügel, dem Herrn Wiszniewski gehörig, hatte in freundlichster Weise der Herr Musik-Director Markull übernommen und Herr Clavierlehrer Haupt spielte mit vorzüglicher Technik und vielem Geschmack einige Clavierpiecen, die sich ebenfalls eines gleich lebhaften Beifalls erfreuten.

+ Gestern Morgens halb 8 Uhr rückte das Füsilier-Bataillon des Kgl. Ostpr. Grenad.-Regts. Nr. 5. unter Kommando des Herrn Oberst-Lieutenant v. Wenckstern vom Heumarkte nach Bartenstein aus. Der Herr Divisions-Kommandeur, General-Lieutenant v. d. Goltz, viele Officiere und Angehörige, sowie das Musik-Corps, gaben dem scheidenden Truppentheile das Geleite. In Stelle desselben bezog das 2. Bataillon des Regiments sogleich die Bischofsbergkaserne.

†† Die morgen im hiesigen Gymnasium stattfindende Prüfung wird von Morgens 8—1 Uhr und Nachmittags von 3—6 Uhr dauern.

§§ Das hiesige Stadt-Theater wird nicht am 15., sondern erst Ende dieses Monats geschlossen.

†† Der hiesige Kunst-Verein hält heute eine General-Versammlung.

†† In der heutigen Sitzung des Handwerker-Vereins wird Herr Maurermeister F. W. Krüger einen Vortrag über den neuen Canalisirungs-Plan halten.

§§ Gestern Nachmittag fiel an der Brabank-Brücke der 10jährige Sohn des Bordingschiffers Truschinski vom Ufer in den jetzt sehr stark strömenden Radaunen-Kanal. Vergebliche Versuche vom Lande aus den Knaben zu retten, gelangen nicht und schon schwebte das verunglückte Kind in Todesgefahr, als der vorübergehende Schiffszimmergeselle Götter rasch seinen Ueberzieher und Hut abwarf und vom hohen Ufer in den Fluß sprang, dem vom Strome fortgeführten Kinde nachschwamm und dasselbe nach großer Anstrengung noch lebend ans Land brachte. Die unerschrockene und menschenfreundliche That dürfte höheren Ortes nicht unbelohnt bleiben.

‡ Bei der gestrigen Militair-Parade auf dem Kohlenmarkte drängte sich der Handlungs-Commis H. durch die, das Spalier bildenden Soldaten und als er durch die Letzteren von dort fortgewiesen wurde, beleidigte er nicht allein dieselben, sondern versetzte auch bei der darauf mit ihm vorgenommenen Arretirung dem Polizei-Sergeanten D. einen Schlag in die Magengegend. H. ist zur Haft gebracht.

‡ Bei dem in diesen Tagen stattfindenden Gesindewechsel ist wiederum die Wahrnehmung gemacht worden, daß eine bedeutende Anzahl Personen von außerhalb hierher gekommen sind, um Dienste zu erlangen und läßt sich der Grund hierfür, in der Absicht hohe Löhne zu erlangen, finden.

‡ Die Brauerknechte Boy und Kayser insultirten gestern Abends im Boenig'schen Schanklokal am Kohlenmarkte den Wirth des Locals und versuchten auf den Letzteren einzuschlagen, als er sie hinauswies. Sie wurden dafür arretirt.

‡ Gestern Abends wurde der Schlossergeselle Siemens auf dem Langenmarkte von mehreren Personen angefallen und erhielt dabei zwei Messerstiche, einen in die Hand und einen in die rechte Schulter, von denen letzterer glücklicher Weise nur durch die Bekleidung gedrungen ist. Einer der Thäter, der Hausknecht Schilke, wurde festgenommen.

‡ Vorgestern Nachmittags überfielen 3 Fischhändlerinen auf dem Fischmarkte die dort ebenfalls mit Fischen zum Verkauf ausstehende Lietzau ohne Veranlassung, warfen sie zur Erde und mißhandelten sie arg. Bei der starken Frequenz auf dem gedachten Markte entstand durch den Unfug ein sehr bedeutender Auflauf.

‡ Die Zahl der sich jeden Abend für das polizeiliche Gewahrsam zum Zwecke des Uebernachtens meldenden obdachlosen Personen, ist anhaltend eine bedeutende und hat in der verflossenen Nacht noch 14 betragen, da der lange Winter das Logiren im Freien bis jetzt nicht gestattet hat.

‡ Der Arbeiter Schidlitzki hat vorgestern Abends von einem der hiesigen Holzfelder eine Quantität Holz entwendet. Er ist verhaftet und der That geständig.

+ Laut Schiffsnachrichten sollen furchtbare Eisblöcke, welche eine Stärke von 15 Fuß messen, in der Nordsee-Seite treiben und das Passiren des Sundes gefährden, wogegen die Belte schon frei werden.

— Im Dorfe Kielau, Kreis Neustadt, herrschen die Menschenpocken.

Stargard i. Pomm., 31. März. Die Auswanderungslust nach Amerika scheint in der hiesigen Gegend in diesem Jahr wieder zuzunehmen. Am vergangenen Dienstag wurden durch den hiesigen Special-Agenten für Auswanderer, Kaufmann J. C. Mangelsdorff, 23 Personen zur Bahn befördert, welche über Hamburg nach Quebec (Canada) auswandern. Die Leute waren aus den Ortschaften Wilhelminenberg, Kl. und Gr. Wachlin und gehören dem Arbeiterstande an. — Eine größere Anzahl Auswanderer soll bei obiger Agentur zu Ausgangs Mai bereits angemeldet sein.

Stettin, 1. April. Der von Oppeln hierher versetzte Staats-Anwalt Giehlow hat bereits sein Amt angetreten.

— Nach einer aus Hamburg hier eingetroffenen Privat-Depesche sind die ersten Berichte über den in Port au Prince stattgefundenen Brand sehr übertrieben. Das Feuer ist am Fastnachts-Dienstag im Theater ausgebrochen. Das Europäische Viertel blieb unversehrt.

Stadt-Theater.

Vorgestern ist Frl. Hedwig Raabe zum ersten Male auf der Bühne unseres Stadt-Theaters aufgetreten. Der Ruf, welcher der jungen Künstlerin voranging, war ein ganz außergewöhnlicher. Hiesige Blätter hatten ihn so warm, wie er aus dem Munde von Kunstfreunden und Enthusiasten gekommen, verbreitet. Kritische Geister erhoben zwar ernste Bedenken gegen denselben und namentlich gegen die Fassung, daß die junge, bisher hier ganz unbekannte Künstlerin sogar die Goßmann übertreffen solle; aber es war dies in auswärtigen Zeitungen zu lesen; es wurde auch von glaubhaften Männern, welche Frl. Raabe schon früher anderswo gesehen, behauptet. Daß die Neugierde unseres Publikums dadurch sehr erregt werden mußte, liegt auf der Hand. Es hatte denn auch das erste Auftreten der jungen Künstlerin an hiesigem Orte am vorigen Sonnabend ein zahlreiches Publikum versammelt. Ihre persönliche Erscheinung schon machte einen imponirenden Eindruck. Denn bei aller Zierlichkeit und Anmuth ist dieselbe nämlich durch einen sehr entschiedenen Ausdruck der Energie und Keckheit characteristisch. Ihr Debut war die Rolle der „Marie" in dem einactigen Lustspiele: „Feuer in der Mädchenschule." — Trotz der zweifelhaften Stimmung, mit der auch wir dem Auftreten des Frl. Raabe entgegensahen, können wir nicht anders sagen, als daß sie in dem Genre der Goßmann, auf welches sie durch ihre Persönlichkeit hingewiesen ist, etwas ganz Hervorragendes leistet. Es ist die reizendste ungekünstelste Naivetät, mit welcher sie spielt; es ist ein inneres seelisches Leben, mit welchem sie den ihr eigenthümlichen sprudelnden Humor zu einem wahren Zauberglanz erhebt und alles äußere Licht zu einem aus dem tiefsten Innern leuchtenden umwandelt. Von großer Ueberraschung war es, als sie während des heitern naiven Spiels plötzlich mit einer außerordentlichen dramatischen Kraft Töne der gewaltigsten Tragik anschlug. Das Publikum zeichnete die Leistung der Künstlerin mit stürmischem Beifall aus. — Ganz vorzüglich spielten auch in demselben Stück die Herren Jürgan und v. Othegraven ihre Rollen. — In dem hierauf folgenden Stück: „Der Pariser Taugenichts" gab Frl. Raabe die Titelrolle und riß gleichfalls in derselben durch die Verve des Spiels zum stürmischen Beifall hin. Den „Bijot" gab Herr Freytag characteristisch und ergötzlich. Die Rolle des Grafen v. Morin spielte Herr v. Othegraven mit einer wohlthuenden Wirkung, wie denn auch die Damen Frl. Lüdt und Frau Reithmeier und Herr Bergmann ihre Rollen fleißig und gut gaben. Ueber das Schauspiel: „Dorf und Stadt", in welchem Frl. Raabe das „Lorle" gab, in nächster Nummer. Für heute nur so viel, daß die Vorstellung überaus zahlreich besucht, erster Rang und Sperrsitz sogar ausverkauft war und das Frl. Raabe gleichfalls wieder mit stürmischem Beifall und mehrmaligem Hervorruf nach jedem Aktschluß ausgezeichnet wurde. — Am nächsten Mittwoch tritt wiederum die genievolle Künstlerin in drei interessanten Rollen auf.

Die vorige Woche brachte uns zwei Opern-Benefiz-Vorstellungen. Wenn die Saison zu Ende geht, so stehen die Aussichten auf glückliche Benefiz-Vorstellungen sehr niedrig und so war denn der Kassenerfolg, den Fräulein Rottmayer mit der Auber'schen Oper: „Gustav oder: der Maskenball" am vorigen Dienstag hatte, eben kein sehr glänzender. Wir hätten der jungen Sängerin, die es gewiß nicht am angestrengtesten Fleiße und der größten Sorgfalt fehlen läßt, einen größeren Erfolg gewünscht, den sie in der That verdient hätte. Ueber der Aufführung selbst schwebte ein kleiner Unstern, indem einzelne Darsteller an einer unverkennbaren Indisposition litten und dadurch die Oper selbst matt über die Scene ging und das Publikum nicht zu begeistern vermochte. Einzelne Arien des „Pagen", den sich die

wackere Benefiziantin zu ihrem Ehrenabende gewählt hatte, wurden zwar sehr beifällig aufgenommen, allein im Ensemble fehlte es ihr an Kraft und so konnte sie den unvortheilhaften Eindruck nicht ganz beseitigen, den dieser Mangel nothwendig machen mußte. Hätte Fräul. Rottmayer statt einer so großen Oper eine Spiel-Oper gewählt, für welche ihr feines und lebhaftes Spiel und ihre tüchtige musikalische Bildung sie wohl mehr befähigen, so würde höchst wahrscheinlich der Erfolg in jeder Hinsicht besser ausgefallen sein. Möge übrigens der nicht so große Erfolg das Streben der jungen Dame nicht erlahmen und sie rüstig fortschreiten auf der dornenvollen Bahn der Künstlerschaft; für bessere Resultate in der Zukunft bürgt ihr Talent und ihr feiner musikalischer und dramatischer Tact. — Lobende Anerkennung verdienen übrigens Herr Fischer („Ankarström“), Herr Formes („Matrose“) und besonders Frl. Schneider („Melanie“). Frl. Peters war mit der Partie der „Wahrsagerin Arvedson“ noch nicht ganz fertig; vielleicht dürfte es ihr gelingen, dieselbe später einmal gut zur Geltung zu bringen. Die zweite Benefiz-Vorstellung fand am Freitag für Fräul. Frey statt. Zur Aufführung kam zuerst Donizetti's „Regimentstochter“ und dann der dritte Act aus Mozart's „Figaro.“ Der Besuch war ein recht lebhafter und außer der Theilnahme für die Benefiziantin auch wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß unser gefeierter Gast, Frau Tuczek-Herrenburger aus Gefälligkeit die „Susanne“ übernommen hatte und sich mit dieser Rolle vom hiesigen Publikum verabschiedete. In der ersten Oper hatte Frl. Frey die Titelrolle, die sie mit dem ihr eigenen feinen Verständniß zur Darstellung brachte. Sprudelnder Humor im ersten Acte und tiefes Gefühl im zweiten Acte verfehlten ihre zündende Wirkung auf das Publikum nicht, wie denn überhaupt die ganze Durchführung ihrer Rolle von einem so edlen Geiste durchweht war, daß Auge und Ohr mit gleichem Wohlgefallen auf ihr ruhen mochten. Bei ihrem Auftreten auf das Lebhafteste begrüßt, wurde ihr nach jeder einzelnen Nummer stürmischer Beifall zu Theil. Hervorruf nach den Actschlüssen versteht sich von selbst. Auch die holden Kinder des Frühlings, in Treibhäusern vorher gezeitigt, wurden in zahlreichen Bouquets und Kränzen ihr zum Lohne. Gewiß darf Frl. Frey mit Befriedigung auf ihren Ehrenabend in Danzig zurückblicken. Der „Sulpiz“ des Herrn Fischer ist unsern Lesern auf das Vortheilhafteste bekannt. Herr Jungmann („Tonio“) brachte die niedliche Partie sehr angenehm zu Gehör. Frau Reithmeier, welche die „Marchesa“ gab, wollen wir übrigens den Rath geben, künftig nicht durch ihre unsichere Clavierbegleitung die Einlagen im zweiten Act (Lied von Abt und das Echo von Taubert) in Gefahr zu bringen. Der dritte Act von Mozart's „Figaro“ ging vorzüglich über die Scene, in einer Besetzung wie wir sie in unserm letzten Referate über diese Oper erwähnt haben. Nur Fräul. Rottmayer war durch Fräul. Fehringer vertreten. Frau Tuczek-Herrenburger wurde zum Schluß mit den herzlichsten Beweisen der Anhänglichkeit und tiefsten Verehrung erfreut und manche Rufe: „Hierbleiben“ und „Auf Wiedersehen“ schallten ihr bei ihrem wiederholten Rufe auf die Scene entgegen. **

Gruß an die Künstlerin.

Halt, so rief Thalia Dir entgegen,
Einen Genius lass' ich nicht entflieh'n;
Dann ertheilte sie Dir ihren Segen,
Weihte Dich, gab Dir den Lorbeer hin.
Ist es schwer die Zukunft Dir zu künden?!
Glänzend schau' ich einen Pfad des Licht's,
Ruhm und Glück wirst stets Du darauf finden,
Alle Größen vor Dir werden schwinden,
Alle vor dem bravsten Taugenichts.
Bringe gern, mit dem Willkommengruß,
Einen Lorbeerzweig dem Genius. R. D.

Meteorologische Beobachtungen.

1	4	339,21	3,7	Südl. flau, bewölkt.
2	8	338,70	1,8	Süd mäßig, meistens klar.
	12	338,60	4,1	Südl. flau, schön.
3	8	338,44	1,9	Südl. flau, bewölkt.
	12	338,61	2,9	Nördl. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 1. April:
Thilker, Ellida, n. Bergen, mit Getreide.
Gesegelt am 3. April:
Last, Hoffnung, n. Libau, m. Ballast.
Nichts in Sicht. Wind: Süd.

Course zu Danzig am 3. April.

	Brief	Geld	gem.
Staats-Schuldscheine	91⅞	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½%	85¼	—	—
do. 4%	95	—	—
do. 4½%	100¾	—	—
Staats-Anleihe 4½%	102⅜	—	—
Staats-Prämien-Anleihe	130	—	—

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 3. April.

Weizen, 24 Last, 129pfd. alt fl. 430; frisch. 131pfd. fl. 425; 130pfd. fl. 410; 128.29pfd. fl. 405; 128pfd. fl. 400; 126pfd. fl. 380, Alles pr. 85pfd.
Roggen, 116pfd. fl. 213; 125pfd. fl. 240; 128pfd. fl. 246 pr. 81⅝pfd.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.